

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Volkmar Klein (CDU)



Gisela Walsken (SPD)

**Der finanzielle Handlungs-
spielraum des Landes ...**

... wurde von rot-grünen Landesregierungen hemmungslos verzehrt. Wir erzielen große Fortschritte, Geld für Begehrlichkeiten haben wir aber nicht.

... ist so groß, wie schon seit Jahren nicht mehr: Fast sechs Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen seit 2006.

**Knapp zwei Milliarden neue
Schulden in 2008 ...**

... bedeuten – anders als es unter Rot-Grün zuletzt die Regel war – die Einhaltung der Kreditverfassungsgrenze, sind aber immer noch zwei Milliarden Euro Generationenungerechtigkeit zu viel.

... machen erneut deutlich, dass der Finanzminister sein Versprechen „Jeder zusätzliche Steuer-Euro wird in den Schuldenabbau gesteckt“ längst gebrochen hat.

**Personalausgaben in Höhe
von über 19 Milliarden Euro ...**

... müssen künftig, anders als früher, solide finanziert werden.

... sind eine große Summe, die in unserem Land 370.000 Arbeits- und 32.000 Ausbildungsplätze sichert.

**Die sprudelnden Steuereinnah-
men sollten genutzt werden, ...**

... um Verschuldung zu reduzieren, egal ob ausgewiesene Kreditmarktschulden oder weniger sichtbare Verschuldung durch bisher ungedeckte Pensionszusagen.

... um die Verschuldung zurückzuführen und um in die Zukunft des Landes zu investieren: Nur die schwarzgelbe Landesregierung folgt dem Motto „Konsumieren statt Konsolidieren“.

**Das Land stattet seine
Kommunen finanziell ...**

... im Rahmen seiner Möglichkeiten verlässlich aus und überweist deutlich steigende Beträge an Städte und Gemeinden.

... schlecht aus: In den vergangenen zwei Jahren hat die Landesregierung den Städten und Gemeinden über 500 Millionen Euro an zusätzlichen Lasten aufgebürdet.

**Die Losung „Privat vor Staat“
ist in meinen Augen ...**

... ist für mich ein anderer Ausdruck für das Subsidiaritätsprinzip, dem Kern sozialer Marktwirtschaft.

... genau so falsch wie die Ideologie der Linkspartei „Staat statt Privat“.

Die Zukunft der WestLB ...

... muss von ihren Eigentümern im Interesse des Landes und seiner Menschen gesichert werden, wobei es unverantwortlich wäre, nicht alle Optionen zu prüfen.

... sichern heißt: Der Ministerpräsident soll schnell handeln, um eine Lösung mit den Sparkassenverbänden im öffentlich-rechtlichen Bankensektor zu finden. Nur so sind die Arbeitsplätze in Düsseldorf und Münster zu sichern.

**„Spare in der Zeit, so hast du in
der Not“ – diese Volksweisheit ...**

... ist von früheren rot-grünen Landesregierungen in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden.

... sollte sich der Finanzminister in sein Büro hängen, um sie täglich vor Augen zu haben.

**Ein „ehrlicher Kaufmann“
ist für mich ...**

... eine gute Beschreibung für das finanzpolitische Leitbild der CDU im Düsseldorfer Landtag.

... ein Finanzminister, der seine Zahlen nicht frisiert.

**Als NRW-Finanzminister
würde ich zuallererst ...**

Der amtierende Finanzminister macht alles richtig.

... das Gespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums suchen. Sie wissen am besten, welche Gestaltungsmöglichkeiten der Haushalt bietet.

Diesmal sind es die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen.

Angela Freimuth (FDP)



... ist leider nicht so groß, um alles Wünschenswerte zu realisieren. Ziel der Konsolidierung ist, finanzielle Gestaltungsoptionen im Interesse nachfolgender Generationen zurückzugewinnen.

... sind leider noch nicht zu vermeiden. Ziel ist aber, künftig keine neuen Schulden mehr aufzunehmen und bestehende Schulden zurückzuzahlen.

... sind ein großer Kostenblock. Eine strukturelle Haushaltskonsolidierung verlangt deshalb auch eine Senkung der Personalausgaben. Dabei wollen und müssen wir die Beschäftigten mitnehmen.

... um die Rekordverschuldung abzubauen. Weil jeder Euro nicht gezahlte Kreditzinsen für Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen investiert werden kann.

... im Rahmen des Möglichen angemessen aus. Wichtig wäre aber eine grundlegende Neuregelung der Finanzbeziehungen Bund-Länder-Kommunen, mit klaren Kompetenzverteilungen und Finanzierungsrechten.

... ordnungspolitisch richtig. Der Staat sollte nur übergeordnete Interessen des Gemeinwohls regeln und wo Solidarität gegenüber Schwachen ein staatliches Handeln erforderlich macht.

... ist augenblicklich vielfach diskutiert und im Interesse des Finanzplatzes NRW von den Eigentümern gemeinsam zu gestalten.

... lässt sich leider nicht 1:1 auf den öffentlichen Haushalt übertragen. Wir müssen unsere Haushalte so gestalten, dass wir nur das ausgeben können, was wir auch einnehmen.

... eine Persönlichkeit mit folgenden Eigenschaften: Gestaltungswillen, Realismus, Aufrichtigkeit, Verlässlichkeit und Verantwortung.

... würde ich das Parlament bei den Haushaltsberatungen 2008 mit allen Informationen unterstützen und um Zustimmung zum Etatentwurf und zur Konsolidierungsstrategie werben.

Ewald Groth (GRÜNE)



... muss genutzt werden, um NRW zu einem sozial-ökologischen Land der Zukunftschancen umzubauen. Bildung und Forschung sind Garanten unseres zukünftigen wirtschaftlichen Erfolgs.

... sind eine Ohrfeige für die, die eine Wende in der Haushaltspolitik versprochen und trotz Mehreinnahmen in Höhe von 7,2 Milliarden Euro gegenüber 2004 heute immer noch neue Schulden machen.

... sind der Preis für harte Arbeit der Beschäftigten im Landesdienst. Wer dies angesichts steigender Kosten finanzieren will, muss sagen, worauf er künftig verzichtet oder woher er frisches Geld bekommt.

... zur Haushaltssanierung, für Kinderbetreuungsplätze, ein Mittagessen für alle Schulkinder, den Ausbau der Ganztagsangebote, sowie die Schaffung von Studienplätzen.

... nur dürftig aus. Das Abwälzen von Kosten zum Beispiel bei Krankenhäusern und der Kinderbetreuung sowie das Stehlen von Steueranteilen raubt den Kommunen jährlich über 500 Millionen Euro.

... eine neoliberale Kampfparole der FDP und CDU. Dahinter verbirgt sich in Wahrheit, dass die Gemeinschaft die Defizite verwalten soll und die Gewinne an Einzelne gehen.

... ist nur im Einklang aller Eigner zu gestalten, damit Kunden und Personal nicht verloren gehen. Weder der Verkauf an einen Privaten noch die Zerstörung des Sparkassengeschäfts helfen hier weiter.

... ist die Grundlage für unseren grünen Vorschlag für eine Schuldenbremse nach schweizerischem Vorbild und widerspricht starren Schuldenverboten.

... einer der eingesteht, dass 2008 die Nettoneuverschuldung gegenüber 2007 um 300 Millionen Euro ansteigt, obwohl er die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten hat.

... auf Bundesebene um die Reform der Grund-, Erbschafts- und Vermögenssteuer sowie um zukunftsfähige föderale Finanzbeziehungen kümmern, damit NRW mehr Eigenverantwortung in Finanzfragen erhält.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Jürgen Knepper und
Axel Bäumer